

Str. 169.

Verlags- und Druckerei
in der Geschäftsstelle
an allen Postanstalten
Nr. 20 B. bei täglicher
Ausstellung in Bielefeld
Nr. 140 B., durch Brief-
träger 1,62 B.

Postzeitungsamt
Nr. 5881.

Neue Westfälische Volks-Zeitung

Bielefeld

Montag, 22. Juli 1907.

31. Jahrgang

Anzeigengebühren
für die einseitige Be-
setzung oder deren Raum
15 Pf., Kleinanzeigen 40 Pf.

Er erscheint
jeden Samstag.

Geschäftsstelle
Ritterstr. 43.
Telephon Nr. 15.

Historischer Kalender.

22. Juli: Friedrich I., König von Preußen, zu Königsberg geb. 1657. — Wellingtons Sieg über Marmont bei Salamanca, 1812. — Befehl bei Blumenau, 1866. — Sprengung der Reiter Brücke, 1870. — Professor Rudolf von Sneyer, Gelehrter und Politiker, gestorben 1895. — Große Ueberflutungen in Schlesien, 1903. — Erlass des kaiserlichen Manifestes aus Anlaß der Auflösung der russischen Reichsduma; 185 Abgeordnete erlassen in Wiborg einen Aufruf zur Steuererleichterung an das Volk, 1906.

Ein Mißgriff der Kolonial-Verwaltung.

Im Reichstage war seiner Zeit durch die Annahme einer Resolution Abfall der Wunsch ausgesprochen worden, das über das Eingeborenrecht in den deutschen Kolonien vorhandene Material zu sammeln und zu sichten und eine authentische Zusammenfassung der Rechtsgebräuche der Eingeborenen herzustellen zu lassen. Diesem Wunsche hat das Reichskolonialamt durch Einberufung einer Kommission entsprochen, die bereits ihre erste Sitzung abgehalten hat. In diese Kommission zu der unter anderem auch der stellvertretende Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Reichstagsabgeordneter Landgerichtsrat Hagemann-Gesfurt gehört, ist auch der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Sudetum berufen worden, eine Wahl, die in der nationalen Bürgerschaft nicht geringes Aufsehen erregt hat.

Der neue Leiter der Kolonialverwaltung ist ein viel zu kluger und kenntnisreicher Mann, als daß ihm eine falsche Bewertung der Sozialdemokratie zugutzuhalten wäre, hat doch gerade er in den parlamentarischen Kämpfen, welche der Auflösung des Reichstages vorausgingen, tiefe Einblicke in das wahre Wesen der Sozialdemokratie tun können. Herr Deinburg wird sich also wohl niemals der Täuschung hingeben, daß es möglich wäre, eine Partei, die grundsätzlich die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpft, dadurch zu gewinnen, daß man mit ihr paktiert. Wenn trotzdem der Staatssekretär des Reichskolonialamts an der Berufung Dr. Sudetums in jene Kommission keinen Anstoß genommen hat, so wird vielleicht die Erwägung obgewandelt haben, daß Dr. Sudetum dem sogenannten „revisionistischen“ Flügel der Partei angehört und daß es politisch zweckmäßig sein könnte, diese Gruppe gegenüber dem Unversöhnlichen vom Schlage Bebel, Mehring und Kautsky zu stärken. Demgegenüber muß aber betont werden, daß die Revisionisten innerhalb der Partei gar keinen Einfluß und keine Bedeutung haben, daß es Offiziere ohne Soldaten sind, daß sie, wie der Reichskanzler Herr Bülow im neuen Reichstage sehr treffend ausführte, den Parteigewaltigen gegenüber noch immer zusammengeklappt sind wie ein Taschentuch.

Aber auch abgesehen davon — wir sind sogar der Ansicht, daß der Revisionismus in der sozialdemokratischen Partei der viel gefährlichere Feind des Bestehenden ist, weil der wilde Fanatismus eines Bebel, Bedebauer oder Stadthagen schließlich doch an seiner eigenen Ueberbäumung verpuffen muß, während die Revisionisten ohne großes Gefährde, in stiller, unauffälliger Winterarbeit das sozialdemokratische Gift den Massen einzutragen nicht ohne Erfolg bemüht sind. Und was Dr. Sudetum im besonderen betrifft, so hat gerade dieser, wenn auch nicht im Reichstage, so doch in sozialdemokratischen Versammlungen, genugfam bekundet, daß er genau so wie die unentwegten Marxisten die geschichtlich gewordene Ordnung zu untergraben bereit ist. So sagte Dr. Sudetum in einer am 12. November 1906 in Regensburg abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung

(laut „Münchener Post“ vom 14. November 1906), daß durch die Sozialisierung der Gesellschaft nicht weniger als 98 Prozent der deutschen Bevölkerung nur gewinnen würden, und in einer Versammlung des ersten Berliner Wahlkreises, von der der „Vorwärts“ (Nr. 219 vom 20. September 1906) berichtete, erklärte Dr. Sudetum, daß unser ganzes Kolonialsystem bis ins innerste Mark faul sei und daß die Kolonialverwaltung bisher eine geradezu phänomenale Unfähigkeit bewiesen habe. Am Schluß derselben Rede nannte Dr. Sudetum unsere Kolonialpolitik eine wahnwitzige Verschwendung des Nationalvermögens und gab der Meinung Ausdruck, daß eine wirklich kulturfördernde Kolonisation erst unter der Herrschaft des Sozialismus betreiben werden könne, weil das kapitalistische Raub- und Ausbeutungsprinzip dann seine Geltung verloren habe.

Auch wenige Tage nach der Auflösung des Reichstages ließ sich Herr Dr. Sudetum in Nürnberg, seinem Wahlkreise, vernehmen. In der betreffenden Versammlung äußerte sich Dr. Sudetum nach einem Berichte des „Frank. Kurier“ vom 17. Dezember 1906 folgendermaßen:

„Die Abenteuerpolitik bezüglich der Kolonien habe das Deutsche Reich in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Der neue Mann im Kolonialamt, die aus dem Bankrotte herbeigeholte Duldorff, welche Bülow auf das Zentrum losgelassen, habe eine Abrechnung vorgelegt, nach welcher sich die gesamten Ausgaben für die Kolonien auf rund 200 Millionen Mark berechnen. Das sei ein dreifaches Mandat, um das Volk zu täuschen.“

Diese Behauptungen, die sich noch beliebig vermehren lassen, zeigen, was Geistes Kind Herr Dr. Sudetum, der „Revisionist“, ist. Ein Mann, der derartige Äußerungen über die Kolonialpolitik hat, wird schwerlich in der Lage sein, an einer positiven Aufgabe auf Kolonialpolitikern Gebiete mitzuarbeiten. Die Berufung Dr. Sudetums in die Kommission zur Feststellung des Eingeborenrechts war daher keine sehr glückliche und geschickte Maßregel, abgesehen davon, daß es im Volke nicht verstanden wird, wenn ein Angehöriger einer Partei, zu deren nachhaltiger Bekämpfung die Regierung mit Recht fortgesetzt auffordert, von eben dieser Regierung ohne Not zur Mitwirkung an wichtigen Staatsaufgaben herangezogen wird.

Konservative Wandlungen.

Die „Freisinnige Zeitung“ hat in diesen Tagen von konservativen Wandlungen phantasiert. Dabei ist das Blatt zu dem Schlusse gekommen, die Konservativen hätten sich nachweislich immer nur gewandelt, wenn für sie in der neuen Welt größere Vorteile winkten. Sie hätten meist nicht übel gerechnet, und mit diesen Rechenwerkzeugen zu rechnen, werde der Liberalismus niemals auch nur einen Augenblick vergessen dürfen. Das Organ der Freisinnigen Volkspartei ahnt gar nicht, wie arg es sich mit dieser seiner neuesten Weisheit blamiert. Dem Wandel sind bekanntlich alle Dinge auf Erden, auch die Parteien, unterworfen, und daß die „Freisinnige Ztg.“ dies für die konservative Partei ausdrücklich feststellt, ist ein Beweis für den Widerspruch der Behauptung, die Konservativen seien Reaktionäre. Das Gegenteil ist richtig. Die konservative Partei will nicht erhalten, was ist, sondern nur das, was gut ist; andern die Freisinnigen, die manche selbst von aller Welt als gut und notwendig erkannte Entwiklung mit Starrköpfigkeit zu verhindern bestrebt sind, wenn es die Parteischablone verlangt. Was aber die Unterstellung betrifft, die Konservativen hätten sich nur dann „gewandelt“, wenn es gegossten habe, vor-

teile einzugehen, so ist das eine der vielen grundlosen Verdächtigungen, die der „entschiedene“ Liberalismus im politischen Kampfe anwendet, um seine Gegner beweislos zu verunglimpfen. Im Spitzieren auf Parteivorteile ist die Linke zweifellos der Rechten stark überlegen; das sieht man ja gerade jetzt, da die Freisinnigen die gegenwärtige Konstellation der Parteien, an der sie selbst recht wenig Anteil haben, dazu benutzen, um möglichst viel für sich herauszuschlagen. Mit solchen Ansprüchen, wie sie die Freisinnigen und Demokraten jetzt erheben, in so unerhöhtem Maße drängend, fordernd und drohend wie dieser „unentbehrliche“ Blockpartikel, ist das Zentrum auch in den Tagen seiner stärksten ausschlaggebenden Macht nicht aufgetreten; die Konservativen aber halten sich ganz selbstverständlich von derartigen Ausfällen fern. Was soll also der plumpe, vom Baune gebrochene Angriff des freisinnigen Blattes? Will es die Rechte denn durchaus aus dem „Blode“ hinausschleusen?

Offizielle Kundgebung über den „neuesten Dänenturs“.

Dem Wochenschaue der Nordd. Allg. Ztg. ist diesmal die Aufgabe geworden, den Oberpräsidenten v. Bülow zu verteidigen und das, was man dieser Tage in der Presse den „neuesten Dänenturs“ genannt hat. Das Regierungsblatt knüpft zu dem Ende an einen Artikel der „Allg. Ztg.“ an, der es unlogisch genannt hatte, daß der preussische Staat seine dänisch sprechenden Angehörigen freizulassen, indes er die polnisch redenden stamme, und meint: der Gang der deutschen Politik könne nicht vom Standpunkt der Bekämpfung einiger Tausend dänisch gesinnter Staatsangehörigen beurteilt werden: „Die Dänen und die Polenfrage erlauben also keine Parallelen, es sind — auch ganz abgesehen von der Rassenfrage — politisch und wirtschaftlich völlig anders geartete Objekte der Beschäftigung und Staatskunst. Die Dänen, die die Ankündigung einer Aenderung der Regierungspolitik verurteilten, gingen in ihrem Eifer weit über das Ziel hinaus. „Sie stellen“, so heißt es da weiter, „in ihrem politischen Kalkül nicht die Steigerung der freundschaftlichen Beziehungen, Gefinnungen und Gesinnungen für Preußen und Deutschland ein, die in dänischen leitenden Kreisen Platz gegriffen, und sie übersehen die Lösung der nationalen Spannung, das Hinschwinden der Bestimmungen und mancher Mißverständnisse, welche freundschaftliche Beziehungen bisher nicht aufkommen ließen.“ Der Artikel sucht dann noch an einigen Preisurteilungen darzutun, daß in solchen absichtlichen Neuerungen keineswegs die allein oder auch nur vorzugeweise in Schleswig-Holstein herrschende Stimmung zum Ausdruck komme, und schließt: „Von wird hoffen dürfen, daß die ruhige und besonnene Aufklärung der Lage bei der deutschen Bevölkerung in Schleswig-Holstein den Sieg über die abenteurlichen Besorgnisse gewisser Kreise davontragen wird.“

Politische Nachrichten.

Aus dem deutschen Reich.

Berlin, 21. Juli.

Der Kaiser hat zur Erinnerung an die 150. Wiederkehr des Tages der Schlacht bei Deuthen ein Denkmal gestiftet, das an jener Stelle errichtet werden soll, die die Bezeichnung „Altar von Deuthen“ führt. Die Enthüllung des Denkmals soll am 5. Dezember im Walde des Kaisers stattfinden. — Nach der Londoner „Tribune“ wird König Eduard am 14. August nach Marienthal abreisen und am 15. August voraussichtlich mit dem Kaiser auf Wilhelmshöhe eine Zusammenkunft haben.

Der Bielef. Geh. Rat Regierungspräsident a. D. und früherer Reichstagsabgeordneter Freiherr von Tiedemann ist am Sonnabend im Alter von 71 Jahren gestorben.

Die Affäre des Arztes Dr. Schellenberg in Wiesbaden soll nach hiesigen Blättermeldungen dadurch ihre Lösung finden, daß die Postbehörde einen Stabsarzt zum Vertrauensarzt der Post ernannt.

Das zweite Geschwader der Hochseeflotte soll über kurz oder lang, dauernd in Wilhelmshaven stationiert werden. Da zur Unterbringung der zum Geschwader gehörigen Offiziere usw. eine erhebliche Anzahl größerer Wohnungen erforderlich ist, fordert die Intendantur der Nordseestation die Hausbesitzer auf, die Anzahl der zurzeit leerstehenden größeren Wohnungen (mindestens 5 Wohnzimmer) baldmöglichst zur Ummeldung zu bringen. Falls die vorhandenen Wohnungen nicht ausreichen, wird der Marinefiskus wahrscheinlich Offiziers-Wohnhäuser erbauen.

Um in der Jüder-Angelegenheit seine Stellung zum „Kulturbunde“ klar zu legen, veröffentlicht der Abgeordnete Freiherr von Hertling folgende Erklärung: „1. Ich habe niemals und in keinem Stadium der Verhandlung die Absicht gehabt, einer solchen Organisation beizutreten. 2. An der Abfassung der „Organisationsgrundlage“ hatte ich keinen Anteil. Ich habe sie bis heute nicht vollständig gelesen. 3. Ich bin ohne mein Wissen und gegen meinen Willen als Mitglied der Zentralleitung aufgeführt worden, „irrtümlicherweise“, wie eine von Münster an verschiedene Zeitungen gerichtete Zuschrift besagt. 4) Mein Interesse und meine Beteiligung galten lediglich einer in Sachen des Jüder nach Rom zu richtenden Politik. Auch hier von habe ich mich zurückgezogen, als sich herausgestellt hatte, daß dieselbe nach Absicht ihrer Urheber mit jener Organisation enge zusammenhängen sollte.“

Aus dem Auslande.

Osaka, 19. Juli. Melibow teilte heute mit, daß der englische Abdrücksvorschlag morgen noch nicht eingebracht wird. Nach dem „B. T.“ geschieht dies deshalb noch nicht, weil die dringende Form, in der Sir Edward Grey die Wunschformel von 1899 einzubringen gedachte, vielleicht nicht die glatte Entledigung von damals gefunden.

Brüssel, 20. Juli. (Hann. C.) Eine aus neun Herren bestehende städtische Abordnung reiste heute nach Deutschland, um die besten deutschen Einrichtungen für Arbeiterhäuser zu studieren. An ihrer Spitze steht der Schöffe der Stadt Brüssel Demonsier. Die Abordnung besucht der Reihe nach Köln, Kassel, Dinslaken, Berlin, Leipzig und Frankfurt a. M.

Frankreich. Der Direktor des Straßlaborsatoriums in Toulouse, das für sechs Departements Untersuchungen anstellt, gibt folgende für die Dinge im Süden bezeichnenden Erklärungen: Von 100 Nahrungsmittelpflanzen, die dem Laboratorium eingereicht wurden, waren 53 gefälscht. Von 13 Proben Tomatenkonserven waren 11 künstlich rot gefärbt mit Feerfarben. Gewisse Sorten Schweinefleisch enthielten 60 Prozent Margarine. Ein Viertel der Weinproben der Aude waren übermäßig gegipst oder gezuert. In manchen Milchsorten waren 55 Prozent Wasser. Am wenigsten gefälscht seien Brot, Kaffee, Pfeffer, Schokolade.

Paris, 20. Juli. Dem „Gaulois“ zufolge hat der Kriegsminister von der Budgetkommission Kredite von zusammen 5 Millionen Franc verlangt, die in das außerordentliche Kriegsbudget für das laufende Jahr eingestellt werden sollen. Diese Kredite

junge, in ihm sich 800 Auszügler befinden.
Gegen 42 Personen wurden getödtet und
100 verletzt.

(Angenehme Ueberraschung.) Er:
Nun, meine Gnädige — ist der Sonnen-
untergang dort nicht sehr schön? — Sie:
„Ja! — Ich bin sehr angenehm überrascht,
denn ich habe es offen gestanden nicht für
möglich gehalten, hier in diesem kleinen
Waldnest einen so schönen zu finden“.

(Vielfachend.) Fremder: „Wie rasiert
dann euer Vater?“ — Bauer: „No,
mir sans schon so gewohnt!“

(Erfatz.) A. „Sie geben jetzt auch
Fräulein Goldstern Gesangsunterricht, Herr
Professor?“ — Professor: „Seit drei Mo-
naten!“ — A.: „Sie verfügt wohl über
reiche Mittel?“ — Professor: „Sie nicht
— aber ihr Papa!“

(Ueberzeugend.) Verteidiger: „Meine
Herrn Geschworenen, ein so gutes Ge-
wissen hat mein Klient, daß er, wie Sie
werden bemerkt haben, größtentheils während
der Verhandlung geschlafen hat;“

(Ungalant.) Eine Gesellschaft, welche
nur Mittwochsgesellschaft und gab einem
großen Familientafel. Jemand behauptete,
daß, wenn man zehn Glieder davon weg-
nehme, so blieben nur Tiere“ übrig und
führte folgenden Beweis:

Mittwochsgesellschaftskasse.
 $\begin{array}{r} \text{123456...7...8910...} \\ (\text{Mus Kalan.}) \quad (\text{Satt: "Frau Wirtin,"}) \end{array}$

Sie haben Klöße gemacht, davor muß
man den Hut abnehmen!" — Wirtin:
„Na ja, es sind ja noch Fries-Klöße!“

Lebenslust bei Hochzeiten.
Bielefeld, 22. Juli 1907.
Mitgeteilt von Fr. Häßmann des Bies.
Niedrigster Thermometerstand i. b. Nacht + 9 °C.
Thermometerstand um 10 Uhr vorm. + 15 °C.
Barometex 76,4 mm.
Wind: West. Himmel: hebedt.

Knechte Nachrichten.
Bielefeld, 22. Juli. Schönen-
könig wurde Herr Rirschfeld,
Schulstraße.

Hamburg, 22. Juli. Bei Brunsbüttel
ließen der deutsche Dampfer „Suomi“ und
der holländische Dampfer „Huize 9“ zu-
sammen. Beide Dampfer erlitten starke
Beschädigungen und mußten die Reise auf-
geben.

Petersburg, 22. Juli. Von der ge-
planten Zusammenkunft des deutschen Kaisers
mit dem Zaren wird der sichere zwar von
seiner großen Seite begleitet sein, in der
ich aber weder der Definitivität noch der
Vereinbarungsfähigkeit finden wird.

Gadmersleben, 21. Juli. In der
vorgestrigen Nacht verunglückten infolge
Einwirkens einer Blitze aus dem Kalkwerk
abwärtslebenden 8 Bergleute. 6 wurden ge-
tödtet. 3 find schwer verletzt.

Ezul, 21. Juli Nach einem ernstlichen
Vericht sind in den Umwohn 10 Japaner
abtötet und etwa 50 verwundet worden.
Man nimmt an, daß die Zahl der foren-
schen Opfer bedeutend größer ist. Die
Ozeanen haben sich nicht damit begnügt,
die Wohnung des Premierministers zu zer-
stören, sondern versuchten auch, die Wohnungen
des übrigen Ministers des Kabinetts zu
zerstören. Beim Kriegsmünstersum gelang
ber dort aufgestellten japanischen Truppe,
Zerstörer nach einem erbitterten Kampf,
dessen Verlauf eine Anzahl Personen
verwundet wurde, zurückzuziehen, gestern
abend erschien in den Straßen eine Prokla-
mation, die die Bevölkerung auffordert, die
Lager nicht zu verlassen.

Rom, 21. Juli. In Trafiere fand
den die übliche Prozession zu Ehren der
Madonna della Carmine statt. Höchstlich
ist der feierliche Zug auf eine Gegen-
konfiration. Die Mestissen und Anti-
kisten stießen aufeinander los. Zahle-
reiche Personen wurden verwundet. Viele
Forderungen sind erfolgt. Auf den vorbeir-
henden Bischof wurde ein Stein geschleudert,
ihn besag auf Kopf traf. Das Militär
steuerte mit aufgeblasenen Seitengewehr
Kampfplatz.

New-York, 21. Juli In Salem
(Massagen) ereignete sich gestern ein schwerer
Bahnhofsunfall, bei dem sechs 36 Personen
tot und viele Hunderte mehr oder weniger
verletzt wurden. Ein Stützgerg, der
loft war, ließ mit allem auf dem
wegweise wartenden Personenzug, der von
hunderten Ausfüglern besetzt war, zu-
samen. Der Zusammenstoß war furchbar.

Personenzug führte den hohen Dampf
Unter. Feuers und Dampf verursachten
Opfer. Viele Verwundeten verschmach-
ten in der fliehenden Sonnwärme. Es
setzten sich ergreifende Szenen ab. Wüther,
zu verwunden, suchten die gescheuten
erreichte ihre Reder zusammen. Es
schickte allgemeine Verzweiflung.

